

DIE LINKE Hessen
12. Landesparteitag am 19. Oktober 2019
Beschlossene Anträge, Initiativanträge und Resolutionen

Anträge

DIE LINKE: Konsequenz für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, sozialökologischen Umbau und Frieden

Viel steht auf dem Spiel

Weltweit müssen dramatische Entscheidungen getroffen werden, um drohenden Katastrophen entgegenzuwirken. Der menschengemachte Klimawandel bedroht unser aller Existenz. Die soziale Ungleichheit hat gewaltige Dimensionen angenommen: Die 26 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel wie die arme Hälfte der Menschheit. Europaweit sind Parteien der extremen Rechten auf dem Vormarsch. Die neoliberale Politik, Sozialstaatsabbau und soziale Unsicherheit haben den Nährboden bereitet, auf dem die menschenfeindlichen und rassistischen Parolen der Rechten gedeihen.

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Ausbeutung, Klimawandel, Unterdrückung und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen.

Ein neues Wettrüsten hat eingesetzt. Die Ausgaben für Militär und Rüstung sind so hoch wie nie seit dem Ende des Kalten Krieges. Auch die Gefahr eines atomaren Krieges wächst. Die USA, mächtigste Militärmacht der Welt, sind unter Trump auf Konfrontationskurs.

Der Handelskrieg zwischen USA und China erschüttert die Weltwirtschaft. Am Horizont droht eine neue globale Weltwirtschaftskrise.

Der Kapitalismus stößt vielfach an seine Grenzen: ökologisch, ökonomisch und sozial.

Auch in Deutschland ist etwas ins Rutschen geraten. Die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik verändert sich grundlegend. Die ehemaligen Volksparteien CDU und SPD befinden sich im Niedergang. Viele Menschen wenden sich vom Stillstand und „Weiter so“ der Großen Koalition ab und fühlen sich nicht mehr vertreten. Die GroKo erhält die Quittung für eine Politik, die die soziale Kälte im Land verschärft, sich den Interessen von Banken und Konzernen unterwirft, eine inhumane Flüchtlingspolitik, Aufrüstung betreibt und die Augen vor dem menschengemachten Klimawandel verschließt.

Die ständigen Beteuerungen, die Arbeitslosigkeit sei niedrig und unserem Land gehe es gut wie nie, sollen darüber hinwegtäuschen, dass die Lebensrealität eines großen Teils der Menschen anders aussieht.

Sie lesen über Rekordgewinne von Klinikkonzernen und erleben, wie die Geburtshilfe in ihrer Region geschlossen wird. Sie quälen sich mit der Entscheidung, ob sie ihre kranken Eltern einem übervollen Pflegeheim anvertrauen können – und wissen um die unzumutbaren Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Prekäre Arbeitsverhältnisse verunmöglichen vielen Menschen ihr Leben zu planen, sie „leben von der Hand in den Mund“, selbst eine Familiengründung ist für viele zu einem kaum kalkulierbaren Risiko geworden. Sie haben Angst vor der nächsten Mieterhöhung, denn wo wird man dann eine neue Wohnung finden?

Auf dem Land sollen sie sich über Bürgerbusse freuen, weil angeblich kein Geld für einen regulären Bus da ist – von einem vernünftigen Breitbandanschluss ganz zu schweigen. Viele Menschen wissen, dass es am Ende des Monats nicht reichen wird, sie sich bei der Tafel anstellen müssen oder die Kinder nicht auf Klassenfahrt schicken können. Sie hören, sie sollen aus ökologischen Gründen auf Luxuskreuzfahrten verzichten, obwohl sie sich nicht mal ein paar Tage Urlaub an der Ostsee leisten können.

Soziale Unsicherheit und Abstiegsängste haben sich in der Gesellschaft breitgemacht. Die Parteien der Großen Koalition haben das Land in eine tiefe Krise gestürzt.

Aber es gibt auch eine andere Seite. Diejenigen, die sich keine Sorgen machen müssen: Großunternehmen, Finanzinvestoren, Krankenhauskonzerne und die Immobilienwirtschaft, Auto- und Rüstungsindustrie, Millionär*innen und Milliardär*innen ist die herrschende Politik weiter zu dienen.

Der Fortbestand der Allianz aus SPD und CDU ist ungewiss. Unter Kramp-Karrenbauer marschiert die Union stärker nach rechts: wirtschaftsliberal und gesellschaftspolitisch konservativ. Nur allzu oft versuchen die Unionsparteien die AfD klein zu halten, in dem sie ihre Parolen und Forderungen übernehmen. Davon profitiert die AfD, deren Hetze und Stimmungsmache das Klima vergiftet und Gewalt und Terror befördert. Die SPD hat sich als unfähig erwiesen, sich von ihrer eigenen Agenda-Politik zu distanzieren. Eine glaubwürdige Abkehr von Agenda-Politik durchzusetzen, bleibt offen. Der Vertrauensverlust, den die SPD in Folge der unsäglichen Hartz-Gesetze erlitten hat, bleibt ungebrochen.

Zunehmend mehr Menschen setzen Hoffnungen in die Grünen, obwohl die Partei mit ihrer Marktgläubigkeit weder die ökologischen noch die sozialen Probleme lösen wird. Auch werden die Grünen von vielen Menschen als Gegenpol gegen die Rechtsentwicklung wahrgenommen, obwohl sie an der Verschärfung des Asylrechts beteiligt waren. Kriegsrecht, soziale Kürzungen, Verschleierung des NSU-Komplexes: Wo Grüne sich in Regierungen begeben, entfernen sie sich auch den letzten Schritt von ihren Wurzeln. Nicht nur die soziale Gerechtigkeit bleibt dabei auf der Strecke.

DIE LINKE bereitet sich vor: Ob vorgezogenen Neuwahlen oder eine reguläre Bundestagswahl im Herbst 2021: Unsere Aufgabe ist es, für neue gesellschaftliche Mehrheiten zu kämpfen, für einen sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Aufbruch zur Wiederherstellung des Sozialstaats und sozialer Sicherheit, für Frieden und Abrüstung und einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft. Es gilt, das Ringen um soziale Sicherheit mit dem Kampf gegen rechte Hetze zu verbinden. Wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen konkret verbessern und grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen erreichen.

Freitag für Freitag gehen weltweit hunderttausende junge Menschen bei Fridays for Future (FFF) gegen die Klimakrise und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen auf die Straße. Aufstehen gegen Rassismus, #unteilbar und andere breite zivilgesellschaftliche Bündnisse mobilisieren gegen rechten Terror, Hetze und Ausgrenzung. Gewerkschaften und Beschäftigte von Amazon und Ryanair organisieren grenzenlose Solidarität gegen grenzenlose Ausbeutung durch transnationale Konzerne.

Mieterinitiativen und Recht auf Stadt-Bewegungen wehren sich gegen das Immobilienkapital, welches mit Macht durch unsere Städte walzt. Angesichts des fortwährenden Sterbens im Mittelmeer zeigen Seebrücke und Flüchtlingsinitiativen Flagge für Humanität und Menschlichkeit, Städte erklären sich zu sicheren Häfen. Die Friedensbewegung mahnt vor den Folgen von Aufrüstung, atomarer Konfrontation und Krieg. DIE LINKE ist Teil all dieser Bewegungen für Solidarität und Humanität.

Sozialökologische Opposition gegen schwarzgrüne Untätigkeit

Hessen gehört zu den wirtschaftsstärksten Bundesländern und dennoch müssen viele Menschen in Armut leben. Über 1.800 Einkommensteuermillionäre stehen 900.000 Menschen gegenüber, die von Armut bedroht oder betroffen sind. Die Schere zwischen arm und reich wächst unaufhörlich auch in Hessen.

DIE LINKE findet sich auch in Hessen mit der sozialen Spaltung nicht ab und setzt sich für die Wiederherstellung des Sozialstaats ein.

Weitgehende Untätigkeit statt Neuanfang oder Aufbruch – das ist die bisherige Bilanz der Neuaufgabe von Schwarzgrün in Wiesbaden.

Kein Engagement gegen Armut und prekäre Beschäftigung, keine wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz, für bezahlbares Wohnen und für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, keine massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und kein Einsatz für eine gerechtere Besteuerung von großen Einkommen und Vermögen.

Schwarzgrün ist nicht in der Lage, die zentralen Zukunftsaufgaben unseres Landes zu lösen. Die hessischen Grünen getreu an der Seite der Hessen-CDU. Mangelnde Aufklärung des NSU-Terrors und unzureichende Aufarbeitung der Vorgänge um ein Neonazi-Netzwerk in der hessischen Polizei. Die Landesregierung versagt auch bei dem dringend notwendigen Kampf gegen Rechts. DIE LINKE ist die sozialökologische Opposition im hessischen Landtag und wird zusammen mit Gewerkschaften, außerparlamentarischen Initiativen und sozialen Bewegungen den Druck auf die Landesregierung weiter verstärken.

Ob in Europa, im Bund, im Land oder in den Kommunen: DIE LINKE engagiert sich unaufhörlich für soziale Sicherheit, Klimaschutz, Frieden und gegen Rechts.

DIE LINKE ist die Partei, welche die Eigentumsfrage stellt, sich für Gleichstellung einsetzt und sich als lebendige Mitgliederpartei versteht.

DIE LINKE ist die Partei der **sozialen Sicherheit** und kämpft gegen Niedriglöhne, Leiharbeit und dagegen, dass Erwerbslose an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Die Agenda 2010 und Hartz IV müssen überwunden werden, um soziale Sicherheit und ein planbares Leben für alle zu schaffen. Wir wollen prekäre Beschäftigung zurückdrängen und Tarifbindung stärken.

Die großen Transformationsprozesse – Digitalisierung, Industrie 4.0 – wollen wir nutzen, um die Lage der abhängig Beschäftigten zu verbessern, Arbeitszeiten zu verkürzen, Arbeitswelten zu humanisieren und die Wirtschaft sozialökologisch umzubauen. An diesen Prozessen müssen die Beschäftigten beteiligt werden.

Zu einem sicheren Leben gehört auch eine bezahlbare Wohnung. DIE LINKE setzt sich für einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, einen landesgesetzlichen Mietendeckel, ein Verbot von Leerstand und Zweckentfremdung in Gebieten mit Wohnungsmangel ein, um die Menschen vor Mietenwahnsinn und Verdrängung zu schützen. Wir wollen eine Gesundheitsversorgung für alle, d.h. ein Ende der Zwei-Klassen-Medizin durch eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Die private Krankenversicherung schaffen wir ab. Alle Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen müssen in die öffentliche Hand. Die ambulante Versorgung auf dem Land sichern wir mit Medizinischen Versorgungszentren (Polikliniken) in kommunaler Hand.

DIE LINKE ist die Partei, die das **Klima vor dem Kapitalismus schützt**.

Gemeinsam mit FFF und Ende Gelände fordern wir: System Change not Climate Change! Wir erleben zur Zeit nie dagewesene Hitzewellen, Dürreperioden und Überschwemmungen. Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor den Folgen des Klimawandels.

100 Konzerne sind seit 1988 für 71 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich. Über die Hälfte der globalen Emissionen werden von 25 Konzernen und staatlichen Einrichtungen verursacht. Betroffen von den Folgen des Klimawandels sind vor allem die Armen. 2018 war ein historischer Dürresommer.

Der UN-Weltklimarat fordert ambitionierte Ziele, während die Bundesregierung ihre Klimaziele verfehlt. Die Ziele des Pariser Klimaabkommens, die eher zu kurz gegriffen sind, gilt es unbedingt einzuhalten und den Ausstieg aus den fossilen Energien zu organisieren. Am Beispiel des Dieselskandals und des hessischen Unternehmens K+S zeigt sich, dass Rendite um jeden Preis zulasten von Umweltstandards und am Ende zulasten der Lebensgrundlagen aller Menschen geht.

Wir wollen klimaneutrale Mobilität für alle in Stadt und Land ermöglichen. Die Linken setzt sich für Energieeinsparungen ein. Zu allererst müssen Industrie und Konzerne endlich sparsam Ressourcen einsetzen. Maßnahmen, die Menschen treffen, die ohnehin schon am Rande der Energiearmut leben und von Stromsperren bedroht sind, lehnen wir ab. Klimawende und Kohleausstieg müssen von den Großkonzernen bezahlt werden.

DIE LINKE steht für eine klimagerechte industrielle Strukturentwicklung: Die Zukunft guter Arbeit für alle Beschäftigte liegt in einem Umbau der Wirtschaft hin zu einer Produktion gesellschaftlich sinnvoller und ökologisch verträglicher Güter und Dienstleistungen. Unsere Partner dafür sind die Beschäftigten und ihre Vertretungen in den Betrieben.

Wir wehren uns gegen die Zentrierung auf den motorisierten Individualverkehr und gegen die Verlärmung des Rhein-Main-Gebiets. Stattdessen wollen wir eine dezentrale Energiewende in öffentlichem oder genossenschaftlichem Eigentum, eine echte Verkehrswende mit deutlicher Stärkung des ÖPNV mit dem Ziel des Nulltarifs sowie eine wirksame Bekämpfung des Bahn- und Fluglärms.

Zu einem guten ÖPNV gehören auch gute Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen. Deren Situation ist aber gekennzeichnet durch Überstunden, schlechte Löhne und Verstöße gegen Arbeitsschutzvorschriften. Der Personalmangel ist direkte Folge des Personalabbaus im Zuge der Bahnprivatisierung. Das muss sich dringend ändern

Eine gentechnikfreie bäuerliche Landwirtschaft statt großer industrialisierter Agrarkonzerne ist unsere Antwort für umweltverträgliche und lebenswerte Verhältnisse im ländlichen Raum.

Es ist die Aufgabe der LINKEN, deutlich zu machen: Wer die Menschheit vor dem Klimawandel retten will, darf nicht den Kapitalismus grün anstreichen, sondern muss unsere Gesellschaft sozialökologisch umbauen und die kapitalistische Produktionslogik überwinden. Wir begrüßen es, dass mehr und mehr Kommunen, auch auf Antrag der LINKEN, den Klimanotstand ausrufen.

DIE LINKE ist die Partei, die die **Eigentumsfrage** stellt: Wem gehört was warum in dieser Gesellschaft? Wir finden uns nicht damit ab, dass börsennotierte Konzerne ihre Rendite aus Geschäften mit Wohnungen, Krankenhäusern u.a. öffentlichen Einrichtungen machen. In Artikel 14 Grundgesetz heißt es: Eigentum verpflichtet. Wir kämpfen für einen Vorrang des Allgemeinwohls vor Profitinteressen.

Den Verkauf von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Flächen lehnen wir ab. Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes sehen ausdrücklich Enteignung und Vergesellschaftung als Mittel gegen soziale Probleme vor.

Diese rechtliche Möglichkeit darf nicht wie bisher für den Ausbau veralteter Infrastruktur wie der Autobahnen und Kohlereviere genutzt werden, sondern um börsennotierte Wohnkonzerne zum Schutze der Mieter*innen zu enteignen.

Auch die Vergesellschaftung von Energiekonzernen wäre ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wir wollen eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur und notwendige Investitionen in Schulen, Kinderbetreuung und den öffentlichen Nahverkehr – in der Stadt und auf dem Land. Gleichwertige Lebensverhältnisse in den Städten und im ländlichen Raum sind unser Ziel. Und wir wollen Reichtum endlich gerechter besteuern, u.a. durch einen Spitzensteuersatz wie zu Helmut Kohls Zeiten, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschafts- und Unternehmensbesteuerung.

DIE LINKE ist die Partei des **Friedens und der Abrüstung**: Vor kurzem ist der INF-Vertrag gescheitert, eines der erfolgreichsten Rüstungskontrollabkommen.

Das Atomabkommen mit dem Iran ist in Gefahr, nachdem US-Präsident Donald Trump es ohne Not aufgekündigt hat. Die Gefahr eines Krieges gegen den Iran droht. Sogar eine Beteiligung der Bundeswehr an einer Militärmission wird diskutiert.

Gleichzeitig erleben wir eine Welle der Aufrüstung – weltweit. Hier die täglichen Fernsehbilder aus dem Nahen Osten, wo Saudi-Arabien einen mörderischen Krieg im Jemen führt, auch mit Waffen aus Deutschland und der EU. NATO-Soldaten stehen an der Grenze zu Russland.

DIE LINKE will Konfrontation, Aufrüstung und Waffenexporte beenden. Auch die zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr gehören beendet, ebenso wie die Militarisierung im Innern, etwa in Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen. DIE LINKE findet sich nicht damit ab, dass Rüstungskonzerne blutige Profite mit Waffengeschäften machen und setzt sich dafür ein, dass diese unter demokratischer Kontrolle vergesellschaftet werden und die Rüstungsproduktion durch Konversion in zivile Güter überwunden wird.

Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen und Soldaten aus Deutschland.

Kampf gegen Rechts

Ein (viel zu großer) Teil der Bevölkerung sucht mit Unterstützung einer größer werdenden Kapitalfraktion Antworten auf diese Fragen bei der äußersten und extremen Rechten und dem Abbau demokratischer Prinzipien. Wo das gesellschaftliche Klima von Rechtsaußen vergiftet wurde, befördern Hass und Hetze auch Gewalt und Terror. Auch die Parteien der sogenannten Mitte übernehmen nach und nach die Forderungen und Parolen der Rechten, schieben ab in Krisenstaaten, kriminalisieren die zivile Seenotrettung im Mittelmeer und verschärfen das Asylrecht. DIE LINKE bekämpft die Rechten; aber wir nehmen auch die Ursachen für deren Erstarren ernst. Wir stellen uns den Faschisten in den Weg – immer und überall – und entziehen ihnen den Boden, indem wir soziale Gerechtigkeit erkämpfen und ihrer menschenverachtenden Ideologie eine Gesellschaft der Solidarität entgegenstellen. "Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen" hat einst der Philosoph der Kritischen Theorie Max Horkheimer formuliert. Deshalb wollen wir Bewegungen gegen Rechts und den Kampf für soziale Gerechtigkeit zusammenführen. Das Versagen der Behörden beim Kampf gegen Rechts muss schonungslos aufgeklärt werden.

Der Inlandsgeheimdienst – fälschlicher-weise Verfassungsschutz genannt – gehört aufgelöst.

DIE LINKE Hessen kämpft für eine konsequente **Gleichstellungspolitik** und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen.

Wir wollen die strukturellen Benachteiligungen abschaffen und streiten für die tatsächliche Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit.

Immer mehr Ärztinnen werden wegen des Paragraphen 219a angeklagt und verurteilt, wir kämpfen nicht nur für das Informationsrecht von Schwangeren in dieser für sie schwierigen Situation und gegen ihre Kriminalisierung, sondern auch für ein vollumfängliches Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. Wir fordern, die gesetzliche Realität der gesellschaftlichen Realität anzupassen, und wenden uns gegen jegliche Diskriminierung, sei es privat, in der Schule oder am Arbeitsplatz.

Demokratischer Sozialismus ist die Alternative

Wir bleiben dabei: Grenzenloses Profitstreben, Kriege und Klimakatastrophe - der Kapitalismus ist die zentrale Ursache für viele Probleme auf unserem Planeten. Damit wollen wir uns nicht abfinden.

DIE LINKE streitet für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, in der Mensch und Natur und nicht das Streben nach Profit im Mittelpunkt stehen.

Wenn Krankenhäuser, Wohnungen und Altenheime zu Renditeobjekten gemacht werden, ist das ein Ausdruck davon, wie Wenige ihr Profitinteresse über die Bedürfnisse der Mehrheit nach einem guten Leben stellen.

Der Grundsatz der Hessischen Verfassung (Art. 38), wonach die Wirtschaft dem Wohle der Bevölkerung und der Befriedigung ihres Bedarfes zu dienen hat, ist für uns Richtschnur unseres Handelns. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen von ihrer Arbeit leben können, jede*r eine bezahlbare Wohnung findet, niemand – auch keine Kinder und Rentner*innen - in Armut leben muss und alle gegen Risiken wie Krankheit und Erwerbslosigkeit sozial abgesichert sind. Eine Gesellschaft, in der wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, in der die Demokratie nicht vor den Betriebstoren endet und in der wichtige Versorgungsleistungen (Gesundheit, Nahverkehr, Kommunikation, Wasser- und Energieversorgung) öffentlich organisiert und für alle Menschen zugänglich sind.

Eine Gesellschaft, in der Solidarität, soziale Sicherheit und Humanität Hass und Hetze verdrängen.

Über 200 Jahre nach der Geburt von Karl Marx und über 100 Jahre nach der Novemberrevolution erinnern wir auch daran: Gesellschaft wird von unten verändert. Von den vielen Menschen, die sich mit den Gegebenheiten nicht mehr abfinden und ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. DIE LINKE ist Teil dieser großen Bewegung und fühlt sich ihr verpflichtet.

DIE LINKE: Eine Partei des Alltags und des Widerstands

Unser Anspruch bleibt: DIE LINKE Hessen ist eine lebendige Mitgliederpartei. Unsere Mitglieder engagieren sich, mischen sich ein, sie kümmern sich und kämpfen, streiten und helfen, sie wirken in den Gemeindevertretungen und Vereinen, auf der Straße und in Beratungsstellen. Sie bestimmen die Richtung unserer Politik.

Für die gesellschaftliche Verankerung und politische Ausstrahlung der Partei DIE LINKE ist auch die ehrenamtliche Arbeit unserer Mitglieder in den Ortsbeiräten, den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen unverzichtbar.

Über 150 Mandatsträger*innen und viele weitere Genoss*innen setzen sich tagtäglich und unermüdlich in unseren Kommunen für die Belange der Menschen ein, zeigen konkrete linke Alternativen für soziale Gerechtigkeit auf und setzen sich gegen die großen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen im Kleinen zur Wehr.

Mit Blick auf die Kommunalwahl 2021 wollen wir ihre Aktivitäten stärker unterstützen, Diskussionsprozesse bündeln und uns gemeinsame Grundlagen für einen erfolgreichen Wahlantritt organisieren.

Wir sind eine Partei in Bewegung. Wir tragen unsere Forderungen auf die Straße, in die Betriebe und die Stadtteile. Wir sind im Dialog und arbeiten auf Augenhöhe mit Bürger*innen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Initiativen.

DIE LINKE lässt sich nicht vom großen Geld kaufen. Als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien nehmen wir keine Spenden von Konzernen und Banken an.

DIE LINKE ist eine internationalistische Partei. Wir üben internationale Solidarität mit den linken und fortschrittlichen Kräften in Europa und der Welt und versuchen, den Kontakt zu anderen linken Parteien und Organisationen auszubauen.

Klima vs. Kapitalismus – DIE LINKE. Hessen hat sich entschieden!

Obwohl der Klimawandel die größte gesellschaftliche Herausforderung darstellt, da er unsere gesamte Existenz bedroht, sind weder Landes- noch Bundesregierung bereit, schnelle sowie ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen und die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende umzusetzen – die drei drängendsten Bereiche eines sozial-ökologischen Umbaus.

Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Ökologische Nachhaltigkeit wird innerhalb des wachstums-getriebenen Kapitalismus nicht realisierbar sein. Er ist Ursache und Triebfeder dieser seit der Industrialisierung andauernden Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie menschlicher Arbeitskraft und wird auf die umfassende Biosphärenkrise, von der die Erderhitzung nur ein Aspekt ist, keine Antwort finden. Die Versprechen des Markts oder die Illusion, ökologische Nachhaltigkeit allein auf technischem Weg herzustellen, werden nicht mit dem bisherigen absurden – weiter steigenden – Niveau an Produktion und Verbrauch oder dem weiteren Einverleiben von Bereichen, die noch nicht kapitalistisch organisiert sind, brechen können.

100 Konzerne sind seit 1988 für 71 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Über die Hälfte dieser globalen Emissionen wird von „nur“ 25 (privaten und staatlichen) Unternehmen verursacht.

Freiwillige Selbstverpflichtungen von Konzernen sichern den Profit ab und sind Augenwischerei. Sie dienen lediglich dazu, staatliche Regulation zu verhindern und Zeit zu schinden, um nicht effektiv handeln zu müssen.

Die angebliche Macht der Konsument*innen wird zwar die Märkte, Produkte und Produktionsweisen in begrenztem Maße verändern – die kapitalistische Wachstumsmaschinerie jedoch allein ebenso wenig stoppen können.

Allerdings darf Antikapitalismus nicht zum Alibi verkommen. Wir sind darauf angewiesen, sehr rasch drastische Reduktionen hinzubekommen, und können damit nicht warten, bis wir den

Kapitalismus endgültig überwunden haben. Um überhaupt noch politisch gestalten zu können und nicht in eine nicht mehr kontrollierbare Dynamik hineinzugeraten, müssen wir jetzt schon, mit den jetzt vorhandenen, vor allem ordnungspolitischen Instrumenten, entschiedene Weichenstellungen vornehmen. Gerade einer solchen konsequenten Politik kann es gelingen, das System in die Enge zu treiben und die Logik des Kapitalismus zu überwinden.

Angesichts der derzeitigen Herausforderungen erfordert Klimapolitik drastische Maßnahmen. Klimapolitik darf aber niemals sozial ungerecht sein, denn Ökologie und Soziales sind zwei Seiten derselben Medaille. Es darf nicht zugelassen werden, dass Reiche es sich leisten können, das Klima zu verpesten, und Arme mit den Umweltfolgen, höheren Preisen und Mieten, mit weniger gesellschaftlicher Teilhabe belastet werden.

Die ökologische Transformation muss Hand in Hand mit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gehen, den Menschen die Existenzängste nehmen und echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Gerade unter den Bedingungen des notwendigen Rückbaus der Wachstumsökonomie muss soziale Umverteilung umso radikaler erfolgen. Die Menschen werden den sozial-ökologischen Umbau nur dann aktiv mittragen, wenn es dabei gerecht zugeht.

Auch Kriege und Militär stehen einer sozialökologischen Transformation im Weg. Sie verbrauchen enorme materielle und finanzielle Ressourcen sowie fossile Treibstoffe. Weltweit verursacht das Militär enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen durch Krieg, Rüstungsproduktion, Einsätze und Manöver. Allein das US-Militär ist einer der größten Klimasünder der Geschichte. Deshalb gilt: Abrüstung ist Klimaschutz, Friedenspolitik ist Klimapolitik.

Linke Ökologiepolitik weiß um die Grenzen rein marktkonformer Instrumente wie dem Zertifikate-handel oder einer CO₂-Steuer. Sie sind tendenziell ungerecht, nicht geeignet, das notwendigen Maß an Reduktionen zu erreichen und unter kapitalistischen Rahmenbedingungen meist kontraproduktiv. So sinnvoll sie, beim Fehlen besserer Lösungen, übergangsweise oder in Teilbereichen sein können, so wenig sinnvoll sind sie als globaler Lösungsansatz.

Der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft wird mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen verbunden sein. Er beinhaltet Projekte radikaler Um- beziehungsweise Rückverteilung: von oben nach unten, von fossil zu erneuerbar, vom globalen Norden in den globalen Süden, von den „Starken“ zu den Verwundbarsten, von Staat zu Bürger*innenschaft und von privat zu öffentlich.

Die Zukunft ist offen und Geschichte wird gemacht. Der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft ist ein soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt, das auch auf eine Umgestaltung der Geschlechterverhältnisse abzielt. Es verfolgt das Ziel, ein gutes Leben, Solidarität und nachhaltige Weisen von Produktion und Konsum miteinander zu verbinden.

Den Widersprüchen des Kapitalismus und dem System der Ausbeutung stellen wir die Vision einer Gesellschaft entgegen, die in einem respektvollen Verhältnis zu den Mitmenschen und zur Natur lebt. In der die Fürsorge für das Leben und seine Grundlagen im Mittelpunkt stehen, und die getragen wird von den Werten des Teilens, der Zusammenarbeit, des Respekts und der Gleichberechtigung. In einer solidarischen Wirtschaftsweise werden die Produkte nicht für mehr Profit, sondern für die Befriedigung realer menschlicher Bedürfnisse und mit Bezug auf die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre produziert. Befreit vom Ballast des erstickenden Scheinwohlstands und der kapitalistischen Verwertungszwänge, wird der Weg geebnet zu einem wirklich guten Leben. Eine nachhaltige Ökonomie verspricht ein Mehr an Zeit, mit ihr ist ein deutlich geringeres Maß an Erwerbsarbeit (im Sinne einer kurzen Vollzeit) verbunden. Jede*r findet gleichberechtigt Zeit für Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Freund*innen, für Demokratie und Gemeinschaft und für sich selbst und die eigene Entwicklung. Mit einer neuen Verteilung von Lebenszeit lassen sich auch alte Rollenklischees, strukturelle Benachteiligungen und Unterdrückung aufbrechen; auch wird eine geschlechtergerechte Verteilung von Arbeit, Zeit, Einkommen, Ressourcen und demokratischer Teilhabe aller denkbar.

Eins ist für uns klar: DIE LINKE. Hessen rettet Klima und Menschen, nicht Kapitalismus und Aktienkurse!

ÖPNV ist die Zukunft!

Viel zu lange haben sich Bundes- und Landesregierung zur Dienerin der Automobilkonzerne und deren Profitinteressen gemacht. Sie decken deren Abgasbetrug, wälzen die Kosten – auch für den ökologischen Fußabdruck – auf die Kund*innen und Steuerzahlenden ab und betreiben damit eine Politik für die Kapitalinteressen einiger weniger. Bundes- und Landesregierung verschlafen damit den notwendigen Wandel der Mobilität hin zum öffentlichen Verkehr sowie der Förderung von Fuß- und Radverkehr.

Immer noch stammt etwa ein Drittel der klimaschädlichen Treibhausgase in Hessen aus dem PKW-LKW- und Luftverkehr, das Individualverkehrsaufkommen steigt seit Jahren weiter an.

Die Strategie der Landesregierung, den PKW-Verkehr auf private Elektromobilität umzustellen, greift zu kurz, um den nötigen Teil des Landes zu einer klimagerechten Welt beizutragen. Die massenhafte Einführung des Elektroautos ist kein Beitrag zum Klimaschutz, sondern nur eine Fortsetzung der Autopolitik der Konzerne. Diese wollen damit ihre Produktions- und Profitmaschine wie bisher weiterlaufen lassen. Das Klima wird auch durch die Massenproduktion von E-Autos und den benötigten Batterien geschädigt. Durch die Rohstoffgewinnung (u.a. Lithiumsalze) werden zudem Umweltverschmutzung, Treibhausgasemissionen und Ausbeutung in den globalen Süden ausgelagert.

Das „Freiheitsversprechen“ der Autoindustrie ist in Wahrheit ein Zwang zum Auto. Dem setzt DIE LINKE. Hessen eine gerechte sozial-ökologische Mobilitätswende und Mobilitätsgarantie für alle Menschen – ob in den Städten oder dem ländlichen Raum – entgegen. Sie befreit die Städte vom Individual-Autoverkehr, verhindert den Verkehrskollaps und macht damit sichere Räume für öffentlichen Nahverkehr, Radfahrende und Fußgänger*innen frei. Sie schafft damit nicht zuletzt auch mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden.

DIE LINKE. Hessen will einen schnellen und umfassenden Ausbau der öffentlichen Personenverkehrsmittel, die Schaffung von Räumen für das Fahrrad und eine Politik der kurzen Wege. Das schafft die Voraussetzung, um aus dem Autoindividualverkehr auszusteigen.

Deshalb kämpfen wir für:

- den massiven Ausbau des ÖPV sowie für neue S-Bahn - und RegioTram-Strecken in den Städten wie im ländlichen Raum. Bis 2030 soll der ÖPV so ausgebaut sein, dass auf die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs verzichtet werden kann;
- die Nutzung der Kapazität unserer Forschungseinrichtungen für die Entwicklung neuer, nachhaltiger und effizienter Mobilitätskonzepte statt für die Erforschung von Kriegsgewehr. Bus und Bahn statt Panzer weiterentwickeln!
- das Ziel der kostenfreien Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs (Nulltarif)
- eine Mobilitätsgarantie für alle im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge, durch die Bereitstellung benötigter finanzieller Mittel für die Kommunen (Verkehrswende vor Ort)
- die Reduzierung von Verkehrsflächen für den PKW zugunsten anderer Verkehrsteilnehmer*innen wie z.B. Fahrrad, E-Bike und Fußgänger*innen
- den Ausbau des Fern- und Schnellradnetzes in Hessen
- Car- und Bike-Sharing als Teil des öffentlichen Nahverkehrs auch auf dem Land
- eine radikale Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Keine weiteren Zulassungen von mit fossilen Brennstoffen betriebenen PKW ab 2030
- ein Verbot der Nutzung von SUVs in den Innenstädten
- ein unverzügliches Produktionsverbot von PKW mit einem überdurchschnittlichen CO₂ Ausstoß (SUVs)
- eine Höchstgeschwindigkeit von 120km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h innerorts
- den sofortigen Stopp des Autobahnausbaus in Hessen
- eine drastische Reduzierung sowie die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die Binnenschifffahrt

- ein Verbot aller inner-deutschen und inner-europäischen Kurzstreckenflüge, die mit einer Bahnfahrt von weniger als 6 Stunden bewältigt werden können
- den Stopp des Ausbaus des Frankfurter Flughafens, sowie die Stilllegung der Landebahn Nord-West, eine Reduktion der Flugbewegungen in Frankfurt auf 380.000 pro Jahr, die Rückstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz sowie ein generelles Start- und Landeverbot an den Flughäfen zwischen 22:00 und 6:00 Uhr (Nachtflugverbot)
- eine Abkopplung der Mobilität von Wirtschaftsinteressen und Überführung des Sektors in gemeinwohlorientierte Geschäftsformen
- Konversionsprogramme in der Automobilindustrie

Widerstand den Strom-Riesen!

Jahrzehnte des Neoliberalismus sowie der hemmungslosen Ausbeutung von Mensch und Natur zu Gunsten weniger Reicher haben unsere Welt an der Rand der Klimakatastrophe geführt. Diese ist zur Existenzbedrohung der gesamten Menschheit geworden.

"Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!" ist deshalb zurecht der Slogan der Jugend, die bei den „Fridays For Future“-Demonstrationen weltweit eine Politik fordert, die ihnen eine lebenswerte Welt rettet. Dazu muss aber vor allem der Anteil fossiler Brennstoffe bei der Energieerzeugung drastisch und schnell gesenkt werden mit dem Ziel der CO₂-Neutralität in Hessen bis 2035.

Die Energiewirtschaft ist für etwa die Hälfte aller Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich – trotzdem bleibt die hessische Landesregierung beim Ausbau der regenerativen Energien zurück und belegt im bundesweiten Vergleich nur den traurigen 14. Platz.

DIE LINKE. Hessen legt sich dafür – und für unser aller Zukunft – mit den mächtigsten Konzernen der Welt an: den Energiekonzernen. Sie bittet die zur Kasse, die von der Zerstörung unserer Umwelt so lange und mit Wissen um die Konsequenzen profitiert haben. Um das zu erreichen sind Alternativen zur kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise zwingend nötig. Sie sind nicht nur machbar, sondern dringender erforderlich denn je.

Das heutige Niveau des Energieverbrauchs mittels erneuerbarer Energiequellen einfach substituieren zu wollen ist eine Illusion. Vorrangig ist deshalb darauf zu achten, auf welchen Energieverbrauch wir von vornherein verzichten können.

Anti-Kohle-Protteste, die Besetzung des Hambacher Waldes sowie vieler Kohletagebau-Stätten unter der Beteiligung zehntausender junger und alter Menschen stimmen uns jedoch hoffnungsvoll, die Klimakatastrophe gemeinsam verhindern zu können.

Deshalb kämpfen wir für:

- für eine Zerschlagung der Energiekonzerne und eine Überführung des Energiesektors in die gemeinwohlorientierte öffentliche oder genossenschaftliche Hand
- eine Stärkung von Kommunen und Energiegenossenschaften zum Aufbau einer dezentralen, gemeinwohlorientierten, sozialen Energieversorgung durch regenerative Energien
- den sofortigen Ausstieg aus der Kohleverbrennung bei Staudinger & Co.
- einen kompletten Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2030
- ein Verbot von Fracking und Infrastruktur zur Weiterverarbeitung von importiertem Fracking-Gas
- die Umsetzung des Verbots von Stromsperrern
- die Wiedereinführung einer staatlich kontrollierten Strompreisaufsicht
- die Einführung von Stromtarifen (Energie-Bonus), die Stromsparen belohnen und überdurchschnittlichen Energieverbrauch teurer machen
- Sondertarife für Großverbraucher sind zu untersagen, ebenso ist deren Befreiung von der EEG-Umlage aufzuheben
- die pachtfreie Überlassung von geeigneten Flächen für Windkraftanlagen an die Kommunen durch den Landesbetrieb Hessenforst
- die Senkung des Wärmebedarfs durch Modernisierung von Gebäuden
- eine gesetzliche Verankerung gleichbleibender Gesamtmietkosten (Warmmietenneu-

- tralität) bei energetischen Sanierungen von Wohnungen
- eine generelle Anpassung der Kosten der Unterkunft bei energetisch sanierten Wohnungen
- Allein durch technische Innovation, Effizienzmaßnahmen und den Ausbau erneuerbarer Energien werden wir die nötigen Reduktionen nicht bewerkstelligen. Dazu bedarf es absoluter Reduktionen des Verbrauchs.

Uns ist klar, dass die aufgeführten Veränderungen mit einem massiven Umbau des Arbeitsmarktes einhergehen. Das schürt Ängste und führt zur Verunsicherung der Beschäftigten. sozial-ökologischer Umbau bedeutet aber, dass auch die Belange der Beschäftigten eine zentrale Rolle spielen müssen.

Zum einen werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, dafür brauchen wir Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Daneben brauchen wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich, denn es gibt genug Arbeit – sie ist nur falsch verteilt. Hinzu kommen Vorruhestandsregelungen, die nicht in die Altersarmut führen. Für die Übergänge werden Auffanggesellschaften gebraucht.

Für eine sozial-ökologische Agrarwende

Die industrialisierte Intensivlandwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt bei. Dünger und Pestizide gefährden unsere Gewässer, vermindern die Fruchtbarkeit der Böden und senken ihr Kohlenstoffspeichervermögen. Bundesweit ist die Landwirtschaft für 7-8 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil liegt damit sogar leicht über den Emissionen aller Industrieprozesse in Deutschland. Die Orientierung auf Produktionssteigerungen, Exporte und Gewinne auf Basis von Standortkonkurrenz zerstört unsere Umwelt und darüber hinaus in Ländern des globalen Südens die Existenzgrundlage vieler Bäuer*innen. Weltweit dienen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierproduktion. Die umweltzerstörende Landnutzung und der durch die Nahrungsmittelindustrie beförderte Konsum tierischer Produkte verschärfen die Klimakrise weiter. In der Folge wird die Ernährungssicherheit der gesamten Menschheit aufs Spiel gesetzt.

Immer mehr Menschen wollen sich vor allem gesund ernähren sowie dabei Klima und Umwelt schützen. Eine große Mehrheit lehnt Massentierhaltung ab, 80 Prozent wollen vor allem saisonale und regionale Lebensmittel kaufen, gut 40 Prozent sogar Biolebensmittel. Um dies nachhaltig und sozial gerecht möglich zu machen, braucht es eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft.

Eine ausreichende Versorgung mit gesundem Essen gehört zum Leben in Würde dazu. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass der ökologisch gebotene Umbau der Landwirtschaft nicht diejenigen belasten darf, die auch heute schon einen Großteil ihres Einkommens für Essen und Miete aufwenden müssen. Die Bedarfssätze aller Sozialleistungen, von der Grundsicherung über Kindergeld hin zum BAFÖG müssen mit den Lebenshaltungskosten mindestens Schritt halten und auch der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, auf dem sich jeder ohne Not von nachhaltig produzierten Lebensmitteln ernähren kann. Das ist nach unserer Auffassung ein untrennbarer Bestandteil aller den Umbau der Lebensmittelversorgung betreffenden Maßnahmen.“

DIE LINKE. Hessen kämpft für eine ökologisch nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, eine am Gemeinwohl orientierte Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln, von der Landwirt*innen auch gut leben können. Wir wollen eine möglichst regional verankerte Agrarproduktion, die sozial ist und dabei unsere Umwelt schützt. Wir verknüpfen ökologische Notwendigkeiten mit sozialen Fragen. Bei diesem sozial-ökologischen Umbau müssen die Betriebe mitgenommen werden.

Deshalb kämpfen wir dafür:

- die EU-Agrarförderung (Gemeinsame Agrarpolitik / GAP) grundsätzlich an ökologische und soziale Kriterien zu binden. Ein Kriterium für die Förderung soll die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeits- und Ausbildungsplätze sein;
- die Anwendung von glyphosathaltigen und anderen boden – und umweltschädlichen Pflanzenschutzmitteln unverzüglich zu untersagen – wie auch die Einfuhr von Agrar-

- produkten, die unter Einsatz von Totalherbiziden oder Neonicotinoiden erzeugt wurden
- die Düngemittelverordnung ist im Sinne einer kontinuierlichen Reduktion mit dem Ziel eines Verbots der Ausbringung von (mineralischem und Stickstoff-)Kunstdünger zu verändern. Insbesondere das Haber-Bosch-Verfahren zur Erzeugung von Stickstoffdünger ist äußerst energieintensiv.
- die Subventionen für landwirtschaftliche Exporte sind zu streichen. Sie schädigen in vielen Fällen die landwirtschaftlichen Strukturen der Importländer.
- wir fordern ein vollständiges Verbot von Futtermittelimporten (vor allem Soja), und von Fleischimporten.
- das Mercosur-Abkommen darf nicht ratifiziert werden. Es verstärkt jene Handelsstrukturen, die letztlich für die verheerende Vernichtung des tropischen Regenwaldes verantwortlich sind.
- die Produktion von Biomasse wie z.B. Mais, zum alleinigen Zweck der Energiegewinnung (Biogas) zu beenden. Es darf zu keiner Anbaukonkurrenz zwischen Tank und Teller kommen – weder in Hessen noch anderswo;
- dass samenfestes Saatgut gemeinfrei wird und die konventionelle Zucht von Pflanzen und Tieren gefördert wird. Den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere zur Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen lehnen wir grundsätzlich ab;
- spezielle Förderungen und Rahmenbedingungen für effektivere Landbewirtschaftungssysteme, wie z.B. Agroforst, Permakultur oder "Market Gardening" ins Leben zu rufen
- hochwertige Ackerböden gesetzlich vor Versiegelung zu schützen
- dass im Sinne des Tier-, Klima- und Umweltschutzes große Geflügelzuchtanlagen keine Genehmigung erhalten. Es ist auch das subventionierte Hühnerklein aus Hessen, das Menschen in Afrika um ihre Lebensgrundlage bringt;
- die erlaubte Anzahl von Nutztieren (Viehbesatz) an die Flächengröße und die Bodenarten der Betriebe im Sinne der Tierwohls anzupassen. Tiertransporte sind zu vermeiden und, wo zwingend notwendig, auf maximal 4 Stunden zu begrenzen sowie stressfrei zu organisieren
- den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung ist auf zwingend notwendige Behandlungen zu begrenzen. Der Einsatz von Reserveantibiotika in der Tiermast muss verboten werden;
- die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte zu fördern und erheblich auszubauen. Um landwirtschaftliche Produkte lokal verarbeiten zu können, gehört hierzu auch eine Wiederansiedelung z.B. regionaler Schlachthöfe, Molkereien oder Getreidemühlen;
- das Kartellrecht so zu ändern, dass die Marktmacht der Verarbeitungs- und Vermarktungskonzerne begrenzt sowie soziale und ökologische Gemeinwohlinteressen durchgesetzt werden können
- die Mehrwertsteuer für ökologisch erzeugte Lebensmittel von gegenwärtig 7 Prozent auf Null abzusenken, um so erzeugte Lebensmittel für alle bezahlbar zu machen
- Lebensmittelvernichtung zu beenden. Das Wegwerfen von Lebensmitteln im Einzelhandel gehört verboten!

Systemwandel bleibt Handarbeit!

Die Dimension der Aufgabe und die Macht der Gegenseite sind für uns die Herausforderung. Aber wir sind viele, wir sind kreativ, wir sind laut und wir verstehen uns als Teil einer globalen Protestbewegung. Egal ob auf der Straße oder auf dem Acker: Wir tragen die politische Auseinandersetzung für Mensch und Natur mit.

Auf allen politischen Ebenen, egal ob im Landtag, in der Stadt oder auf dem Dorf tragen wir unsere sozial-ökologischen Forderungen vor. Dazu gehören Anträge zur Erweiterung des ÖPNV, die energetische Sanierung von Gebäuden, Maßnahmen der Wasserreinhaltung sowie eine Wirtschaftspolitik, die solche Unternehmen stärkt, die im Sinne eines sozial-ökologischen Umbaus arbeiten. Zukünftig werden sich alle politischen Handlungen daran messen lassen müssen, ob sie der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen Einhalt gebieten können. Eine

konsequente Politik der Erhaltung unserer ökologischen Grundlagen duldet keinen weiteren Aufschub und keine faulen Kompromisse mehr!

Wir lernen und diskutieren! Auf allen Ebenen der Partei wollen wir uns mit dem sozial-ökologischen Umbau beschäftigen. Dazu organisieren wir bis in unsere Stadtteilgruppen und Ortsverbände hinein Diskussionsveranstaltungen sowie Gesprächsrunden, laden Experten ein und organisieren öffentliche Veranstaltungen. Wir wollen uns mit denen, die schon lange Zeit in diesen Bereichen arbeiten, austauschen. Deshalb suchen wir aktiv den Kontakt zu lokalen Initiativen und Umweltverbänden, um von ihnen zu lernen und deren Aktionen zu unterstützen.

Wir mischen uns ein! Wir brauchen keinen grün gefärbten Kapitalismus, der weiterhin Gewinne privatisiert und die Lasten der Allgemeinheit aufbürdet.

DIE LINKE steht für ein besseres Leben für Alle und einen wirksamen Schutz unserer Lebensgrundlagen.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Es gibt Fragen, lasst uns diskutieren und handeln / Mehr Basisdemokratie wagen

Der Landesvorstand unterstützt die Kreisverbände, sowie den anerkannten Jugendverband Linksjugend solid in der Vorbereitung und Durchführung von Strategiedebatten und Zukunftswerkstätten an der Basis und organisiert in Abstimmung mit dem Parteivorstand eine hessische Strategiekonferenz im Vorfeld und zur Vorbereitung der bundesweiten Strategiekonferenz am 29.02./01.03.2020 in Kassel-

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Erledigungskontrolle über beschlossenen Anträge und Arbeitsaufträge

Der Landesvorstand wird aufgefordert, in geeigneter Weise den Tagungen des Landesparteitages über den Umgang mit und die Ergebnisse von in die Gremien verwiesenen Anträgen, Inhalten und Arbeitsaufträgen zu berichten.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Zugang zu Stromanschluss für Delegierte auf Parteitag

Es ist bei der Ausrichtung der Landesparteitage im Rahmen des finanziell Möglichen darauf zu achten, dass Delegierte auch an ihren Sitzplätzen nach Bedarf Zugang zu Stromquellen haben.“ Im Rahmen der Einberufung des kommenden Parteitages soll eine Abfrage erfolgen, wer auf ausgedruckte Exemplare des Antragshefts verzichten mag.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

WLAN - Zugang auf Landesparteitagen für Delegierte

Auf künftigen Landesparteitagen soll es ein Delegierten-WLAN geben. Dabei ist darauf zu achten die jeweiligen Möglichkeiten der Veranstaltungsräume im Vorhinein zu sondieren und in die Entscheidung für einen Veranstaltungsort einfließen zu lassen. Ferner ist darauf zu achten, dass durch eine Begrenzung der Datenrate Einsparungen an den Betriebskosten eines solchen Netzwerkes erreicht werden können.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Eckpunktepapier zur Kommunalwahl 2021

Der Landesvorstand erarbeitet ein Eckpunktepapier zur bevorstehenden Kommunalwahl und stellt dies den Kreisverbänden für Ihre inhaltliche Vorbereitung bis spätestens Anfang Mai 2020 zur Verfügung.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Kinderrechte in hessischen Kitas:**Mehr Zeit für Erzieher*innen ist gut für Kinder und Eltern!**

1. **Die Landtagsfraktion** der LINKEN wird aufgefordert, mit folgenden Schwerpunkten in die Debatte der Umsetzung des Gute-KiTa-Gesetzes zu gehen:

- Frühkindliche Bildung braucht mehr finanzielle Unterstützung durch das Land. Dazu müssen auch originäre Landesmittel eingesetzt werden.
- Die Freistellung von Leitungen, höhere Ausfallzeiten und Zeiten für u.a. die Elternarbeit (mittelbare Arbeit) müssen in den Kitas gewährleistet und durch das Land finanziert werden.
- Es braucht ausreichend Zeit für die Anleitung von Schüler*innen und Auszubildenden in den Kitas. DIE LINKE. Hessen fordert eine Anleitungspauschale für jede*n Auszubildende*n / Schüler*in pro Jahr.
- Die Anleitungsarbeit muss finanziell und personell besser aufgestellt werden. Damit soll auch eine höhere Vergütung für Anleiter*innen ermöglicht werden. Sie brauchen Zeit für ihre Arbeit mit den Auszubildenden, für die Arbeitsgemeinschaften sowie für die eigene Aus- und Fortbildung. Wir brauchen regionale Aus- und Fortbildungsangebote für Anleitende.
- Multiprofessionelle und interkulturelle Arbeit muss ein fester Bestandteil in Ausbildung und Praxis der Kitas werden. Kinderrechte müssen eine bedeutende Rolle in der täglichen Arbeit haben.

Die Landtagsfraktion wird gebeten, dieses Thema in ihrer Öffentlichkeitsarbeit deutlich herauszustellen und klarzumachen, dass die Finanzierung vom Land und nicht von den Kommunen kommen muss.

2. **DIE LINKE. Hessen** diskutiert vor Ort und in den Parlamenten über die Ausgestaltung des Gute-Kita-Gesetzes und die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Die Kommunalparlamente werden gebeten, Forderungen an das Land zur Ausgestaltung des Gesetzes durch die Landesregierung zu stellen, bei denen die Qualität der Ausbildung und mehr Zeit für die Fachkräfte im Mittelpunkt stehen. Eine Musteranfrage und ein Musterantrag werden zur Verfügung gestellt.

3. **Der Landesvorstand** erstellt Materialien, die die Mitgliedschaft informieren und auf die Diskussion vorbereiten. Gemeinsam mit Gewerkschafter*innen sollen vor Ort Veranstaltungen und Aktionen überlegt werden (Motto: Mehr Zeit für Erzieher*innen ist gut für Kinder und Eltern). Hierzu bietet sich der Internationale Tag für Kinderrechte am 20.11., der Internationale Frauen*tag am 8.3. (Erziehungsaufgaben werden in Kitas und Familien noch immer vorwiegend von Frauen* geleistet), und der Tag der Kinderbetreuung am 13.5. an. Der Landesvorstand wird aufgefordert, einen gemeinsamen Aktionszeitraum für Hessen zu prüfen.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Werbe- und Sponsoringverbot von allen Formen des Glücksspiels

1. Ein konsequentes Werbe- und Sponsoringverbot von allen Formen des Glücksspiels im öffentlichen Raum muss durchgesetzt werden.
2. Die Partei DIE LINKE fordert eine Verstaatlichung aller Glücksspieleinrichtungen, welche in Hessen operieren, gefolgt von einer ethischen und fairen Umstrukturierung des aktuellen Glücksspielangebots.
3. Die Partei DIE LINKE fordert eine verbesserte Aufklärungsarbeit von staatlicher Seite. Eine hessenweite Medienkampagne soll die Bevölkerung über die verschiedenen Formen der Spielsucht aufklären und die öffentliche Stigmatisierung Suchtkranker bekämpfen.
4. Spielautomaten sollen konsequent aus der Gastronomie und allen Örtlichkeiten außerhalb staatlicher Spielbanken entfernt werden.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Wasser - schonend gewinnen, sparsam verwenden, ökologische Risiken vermeiden

Wasser - schonend gewinnen, sparsam verwenden, ökologische Risiken vermeiden.

Wasser ist die Quelle allen Lebens auf unserem Planeten. Wir sind, auf Gedeih und Verderb, verpflichtet, damit sorgsam und nachhaltig zu wirtschaften. Das Wasser in unseren Flüssen und Bächen sowie das Grundwasser gehören zu den letzten überkommenen Bastionen von Gemeineigentum in unseren Gesellschaften.

Für eine gerechte, effiziente und nachhaltige Nutzung der bestehenden Wasserressourcen

Die Metropolregion Rhein-Main verfügt eigentlich über einen hohen Wasserreichtum. Doch in den letzten Jahren wurden aus unterschiedlichen Gründen Brunnen aufgegeben und bestehende Potentiale, z.B. im Betriebswasserbereich, werden nicht genutzt. Dadurch und durch den beständigen Zuzug in die Region steigt der Fernwasserbedarf. Fördergebiete sind derzeit der Vogelsberg, das Wohratal, Inheiden im Landkreis Gießen, der Burgwald bei Marburg und das südhessische Ried. Das Umland versorgt die Metropole mit Wasser. Die strukturschwachen Landregionen sind auf den Wasserverkauf angewiesen. Eine Fördermengenerhöhung kann gravierende ökologische Auswirkungen zeitigen. In Verbindung mit den Folgen des Klimawandels (z.B. dem Fehlen echter Nassjahre in den letzten anderthalb Dekaden) steigt das Risiko auf irreparable Schäden. Die letzten beiden Trockenjahre gaben uns einen Vorgeschmack.

DIE LINKE. Hessen erklärt sich solidarisch mit den Initiativen, die für eine umweltschonende und nachhaltige Grundwassergewinnung streiten. Wir treten ein für eine weitestgehende Reduzierung der ökologischen Risiken (z.B. durch die Überwachung und Einhaltung von Grenzgrundwasserständen), die Regeneration geschädigter Biotope, die Beschränkung der zu genehmigenden Fördermenge auf ein ökologisch vertretbares Maß und nicht zuletzt eine sparsame Verwendung. Eine öffentliche Kontrolle der Fördermengen und der Folgen der Wassergewinnung sollte hessenweit verpflichtend werden.

Die Linke Hessen trifft nachhaltig dafür ein, für Neubaugebiete in Hessen eine zusätzliche Brauch- bzw. Betriebswasserleitung verpflichtend einzuführen.

Unsere Landtagsfraktion und die Kommunalfraktionen sind aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen und Maßnahmen zu fördern, den Verbrauch in den Zielgebieten zu senken, die ortsnahe Eigenversorgung zu erhöhen, Fernwasserbezug auf das absolut Notwendigste und ökologisch Vertretbare zu begrenzen.

Die Kosten für den Grundwasserschutz dürfen nicht länger den Kommunen der Fördergebiete aufgebürdet werden. DIE LINKE. Hessen fordert eine Wiedereinführung des sogenannten Wasserpennings bzw. -cents mit entsprechender Zweckbindung oder einen Lastenausgleich anderer Art für die anfallenden Kosten für die Wasserschutzgebiete.

DIE LINKE. Hessen lehnt jegliche Privatisierung der Ressource Wasser entschieden ab. Wasser ist ein Menschenrecht - kein Wirtschaftsgut.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Verantwortung des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt für soziale Arbeitsbedingungen und energetische Strukturmaßnahmen auf dem Frankfurter Flughafen

Die Öffentliche Hand, insbesondere das Land Hessen und die Stadt Frankfurt am Main, soll ihrer Verantwortung als Mehrheitseigner der Fraport AG gerecht werden. Um besagter Verantwortung gerecht zu werden sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

1. Die Fraport AG mit ihren zahlreichen Tochterunternehmen zieht sich nicht weiter aus den Bodendiensten am Flughafen zurück. Im Gegenteil: Die Landesregierung und die Stadt Frankfurt am Main wirken auf eine Offensive für sozialverträgliche Arbeitsbedingungen und tarifgebundene Löhne hin. Außerdem werden Tochterunternehmen wieder in die Fraport AG eingegliedert.

2. Der Wettbewerb um Arbeitskräfte auf dem Vorfeld wird ausgebremst. Durch das Ausweiten des Engagements der Öffentlichen Hand in Gestalt der Fraport AG werden andere Anbieter

zurückgedrängt, sodass zukünftig einzig die Fraport AG sicherheitsrelevante Tätigkeiten am Flugzeug ausübt.

3. Mithilfe des öffentlichen Unternehmens Fraport AG werden folgende notwendige *energetische* Strukturmaßnahmen am Flughafen bis 2030 umgesetzt:

- A. Die Infrastruktur für Elektro- und/oder Wasserstofffahrzeugen wird geschaffen.
- B. Die Flotten am Boden werden bis 2021 vollumfänglich auf nicht-fossile Antriebstechnologien umgestellt.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Initiativanträge und Resolutionen

Initiativantrag

„Wald statt Asphalt – kein Weiterbau der A49“

Seit 30. September sind im Dannenröder Wald (Vogelsbergkreis) Bäume besetzt. Unter der Losung „Wald statt Asphalt“ wurden Baumhäuser errichtet, um die Rodung für den Weiterbau der A49 zu verhindern. Damit bekommt der langjährige Kampf vieler Bürgerinitiativen in der Region neue tatkräftige Unterstützung.

DIE LINKE. Hessen solidarisiert sich mit den Bürger*inneninitiativen „Keine A49“ aus den Landkreisen Schwalm-Eder, Marburg-Biedenkopf und Vogelsberg sowie den Besetzer*innen des Waldes und fordert einen sofortigen Stopp des Weiterbaus der A49!

DIE LINKE. Hessen kritisiert die Landesregierung und allen voran den grünen Verkehrsminister Al-Wazir, die am unsinnigen Ausbau der Autobahn unbeirrt festhalten.

DIE LINKE. Hessen fordert:

- Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. Kein Weiterbau der A49 und keine neuen Autobahnen!
- Keine ÖPP-Projekte und keine Privatisierung öffentlicher Infrastruktur!
- Öffentlichen Nahverkehr stärken – gerade im ländlichen Raum! Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf den Bahnlinien Kirchhain über Homberg bis nach Burg- und Nieder-Gemünden sowie Alsfeld-Bad Hersfeld. Stärkung der Main-Weser- und der Vogelsbergbahn mit weiteren Haltepunkten und, bei letzterer, Begegnungsgleisen!
- Nulltarif in RMV und NVV – Mobilität muss ökologisch und sozial gerecht werden!
- Ein Fahrradstraßennetz in allen Orten und Verbindungsrouten zwischen ihnen, vor allem zu den Zentren und zu Bahnhaltstellen!
- Güterverkehr schrumpfen – regionale Wirtschaft stärken, globale Ausbeutung stoppen!
- Güter auf die Bahn – mehr Güterverladestellen, Güterverkehr auch auf Nebenstrecken ermöglichen!
- Güter aufs Fahrrad: Bereitstellung von Leih-Lastenräder in allen Gemeinden!
- Kurze Wege statt lange Fahrten: Läden, Schulen, Kindergärten, Arztpraxen ... zurück in Dörfer und Ortszentren!
- Bessere Arbeitsbedingungen für Bus- und Lokführer*innen. Faire Ausstiegs- und Umschulungsangebote für Auto- und Straßenbauer*innen!

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Resolution zum Erhalt von HR2 als Kultursender

DAS IST KULTUR. DAS IST ÖFFENTLICHER AUFTRAG. UND NEIN, DAS KANN NICHT WEG!
FÜR DEN ERHALT EINES VIELSCHICHTIGEN, ANSPRUCHSVOLLEN KULTURSENDERS IM
HESSISCHEN RUNDFUNK

„DIE LINKE. Hessen fordert Intendanz und Hörfunkleitung des Hessischen Rundfunks auf, seine Pläne zur Zerschlagung des Senders HR2 Kultur aufzugeben. Wir unterstützen den Widerstand breiter Kreise von Kulturinteressierten und -schaffenden hiergegen und möchten ausdrücklich denjenigen im Rundfunkrat den Rücken stärken, die durch dieses Ansinnen den Kern des öffentlichen Bildungs- und Informationsauftrages des HR (und damit auch seine Existenzberechtigung) gefährdet sehen.

Insbesondere wenden wir uns auch gegen die Versuche, hier die angeblichen Interessen von jung = digital native = online und alt = analog = linear gegeneinander auszuspielen. Öffentlicher Rundfunk hat einen Auftrag, alle zu bedienen. Wenn Hörfunkdirektor Sommer erklärt, er sei „bereit loszulassen“ und ankündigt „Wir richten uns auf jüngere Zielgruppen aus, selbst wenn wir dabei riskieren, ältere weniger zu erreichen“, ist dies mindestens menschenunfreundlich, wenn nicht altersdiskriminierend.

Natürlich soll der HR möglichst alle Inhalte zum zeitsouveränen Abruf auch digital zur Verfügung stellen. Dieser mediale Kanal kann aber nicht Ersatz sondern nur gleichrangige Ergänzung zu einem linear ausgestrahlten Kulturprogramm sein, das genau deshalb „durchhörbar“ ist, weil es durch seine Vielschichtigkeit aus oft langen Wortformaten und sehr unterschiedlichen Musiken für alle in seiner Hörerschaft von täglich 100.000 neben Erwartetem und Gewünschtem auch immer wieder Zumutungen bereit hält, die die individuellen Wahrnehmungsblasen durchstechen und täglich den Horizont ein wenig erweitern. Bildungsauftrag at its best. Eine Intendanz, die sich ausdrücklich ohne einen Plan B hiervon verabschieden möchte und seinen Rundfunkrat hiermit in den Sommerferien überrumpelt, muss sich letztlich fragen lassen, ob sie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk am richtigen Ort ist.“

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Resolution: Den rechten Terror stoppen! Aufstehen gegen Rassismus und Antisemitismus

Am 9. Oktober 2019 hat ein Rechtsterrorist versucht, ein antisemitisches Massaker in der Synagoge in Halle an der Saale zu verüben. Er hat dafür bewusst Yom Kippur, den höchsten jüdischen Feiertag, gewählt. Nur die Unzuverlässigkeit seiner selbstgebauten Waffen verhinderte, dass er seine mörderische Absicht vollumfänglich in die Tat umsetzen konnte. Trotz des Scheiterns seines ursprünglichen Plans hat er zwei Menschen getötet, und weitere verletzt. Unsere Gedanken und unser tiefstes Mitgefühl gelten den Opfern und ihren Angehörigen. So schockierend ein solcher faschistischer Anschlag aber auch ist, so wenig vermag er uns zu überraschen.

Da der Mörder von Halle sein Vorgehen live im Internet übertragen hat, muss man über seine Motive nicht rätseln. Er fühlt sich von Feminismus und von der Zuwanderung von Geflüchteten bedroht und gibt den Juden die Schuld dafür. Deswegen wollte er möglichst viele von ihnen umbringen. Dass der Täter finanzielle Unterstützung von anonymen Faschisten aus dem Internet erhalten hatte, um seine Ausrüstung herstellen zu können, schrieb er auf einem Internetforum selbst. Schon deshalb kann von einem Einzeltäter nicht die Rede sein. Wir haben es hier mit demselben rechtsterroristischen Milieu zu tun, das seit Jahren vor den Augen der Öffentlichkeit immer dreister mordet.

Ängste vor „Überfremdung“, das Ressentiment gegen die Gleichstellung der Geschlechter, sowie Verschwörungstheorien, die hinter den kapitalistischen Prozessen das Agieren finsterner Mächte ausmachen wollen, sind keine naturwüchsige Erscheinung. Sie werden von den Neuen Rechten bewusst geschürt. Aus den Brandreden auf Plätzen und in den Parlamenten - gehalten von AfD, NPD oder Pegida - wurden zunehmend Brandsätze; die AfD verschärft und radikalisiert maßgeblich die öffentliche Debatte. Weil aus Worten Taten werden, müssen wir uns überall, auf

der Straße und in den Parlamenten, am Arbeitsplatz und im Alltag gegen rechte Hetze, Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung stellen. Der Rassismus und rechte Politik aus der Mitte der Gesellschaft tragen ebenso wie die AfD eine Mitverantwortung für den rechten Terror und den Anschlag von Halle.

- DIE LINKE verteidigt die solidarische Gesellschaft gegen rechts.
- Antifaschismus ist eine Grundhaltung und kein Verbrechen. Versuchen, diesen zu kriminalisieren, stellen wir uns entschieden entgegen.
- DIE LINKE kämpft entschlossen gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus. Gerade der Rassismus im Alltag muss im Keim erstickt werden und darf nicht schweigend hingenommen werden.
- DIE LINKE fordert die Entwaffnung der rechten Strukturen und Ermittlungsschwerpunkte für rechten Terror. Reichsbürgern und Neonazis müssen endlich die waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen werden.
- Der Verfassungsschutz muss durch eine zivilgesellschaftliche Beobachtungsstelle »Extreme Rechte und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« ersetzt werden.
- Wir fordern die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer Bildungsarbeit sowie der Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus. Alle angedachten Mittelkürzungen für diese Projekte müssen gestoppt werden.
- DIE LINKE fordert ein härteres Vorgehen gegen Hasskommentare im Netz.
- Die Gaming-Szene unter Generalverdacht zu stellen ist absurd.

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Resolution:

Völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei auf Nordsyrien stoppen – Solidarität mit Rojava!

DIE LINKE. Hessen, verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff des Erdogan-Regimes auf Nordsyrien auf das Schärfste. Das NATO-Mitglied Türkei attackiert mit Artillerie und aus islamistischen Rebellengruppen bestehenden Bodentruppen die kurdische, armenische, assyrische, arabische, turkmenische und tschetschenische Bevölkerung, unter dem Vorwand die PKK angreifen zu wollen. US-Präsident Trump hat grünes Licht für den türkischen Einmarsch gegeben. Ethnische Säuberungen und Vertreibungen sollen aber das Gebiet tatsächlich zu einer von der Türkei kontrollierten Zone umgestalten, in die Millionen von Geflüchteten aus der Türkei abgeschoben werden sollen.

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung ist es Erdogans Ziel die kurdische Selbstverwaltung zu zerstören und in eine von der Türkei kontrollierte Zone umzugestalten. Diese Bevölkerungspolitik ist ein Verbrechen, das auf das Ausspielen unterschiedlicher Ethnien und Konfessionen abzielt.

Diese zynische Politik spielt sich ganz in der Logik des schäbigen "Flüchtlingsdeals" ab, im Rahmen dessen die EU der Türkei jährlich Millionen an Unterstützungsgeldern zahlt.

Innenpolitisch ist der Krieg außerdem ein Versuch alle nationalen Kräfte hinter sich zu einen, was mit der Zustimmung der kemalistischen CHP zu diesem Krieg gelungen scheint. Bereits jetzt sind hunderte zivile Opfer des Krieges zu betrauern, hunderttausende Menschen sind auf der Flucht aus den grenznahen Gebieten, die sehr dicht besiedelt sind.

Um weitere Massaker und die Zerschlagung demokratischer Strukturen, sowie die erneute Destabilisierung der Region schnellstmöglich aufzuhalten, fordern wir:

- **Die Bundesregierung** dazu auf, alle Waffenexporte in die Türkei umgehend zu stoppen, sowie sich auf UN-Ebene für ein Waffenembargo und eine Resolution gegen den Angriff einzusetzen! Bereits erteilte Genehmigungen sind umgehend aufzuheben!
- jede militärische oder geheimdienstliche Zusammenarbeit mit der Türkei unverzüglich zu beenden!
- alle deutschen Soldatinnen und Soldaten aus der Türkei abzuziehen! umgehende Beendigung der Bundeswehreinätze im Irak, Syrien und Jordanien!

- den schäbigen Flüchtlingsdeal mit der Türkei aufzukündigen!
- sich für die demokratischen und friedliebenden Kräfte in der Türkei und der gesamten Region einzusetzen, die für Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit kämpfen!
- in Deutschland das PKK-Verbot sowie das Verbot von unzähligen Organisations-Abzeichen und Flaggen kurdischer Vereine aufzuheben!
- IS-Mitglieder deutscher Staatsbürgerschaft, die in Lagern in Nordsyrien sind, nach Deutschland zu überführen, um ein Erstarren der Terrororganisation in der Region zu verhindern und sie in Deutschland vor Gericht zu stellen!
- **Die EU** auf, gemeinsam wirksame Instrumente, wie ein Waffenembargo gegen die Türkei, schnellstmöglich zu beschließen und umzusetzen!
- **Die Landesregierung** dazu auf, sich auf allen Ebenen, für eine Deeskalation der Lage in Nordsyrien einzusetzen, sowie einen Konversionsplan für die Waffenproduktionsstätten in Hessen aufzustellen!
- die Gleichstellung der kurdischen Minderheit in Hessen voranzubringen!

DIE LINKE. Hessen ruft dazu auf, an Protestaktionen gegen den Angriffskrieg der Türkei teilzunehmen und diese organisatorisch zu unterstützen!

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)

Resolution:

DIE LINKE. Hessen solidarisch mit der Protestbewegung in Ecuador

Wir, als DIE LINKE Hessen, halten die Massenproteste breiter Bevölkerungsschichten in Ecuador für absolut berechtigt und solidarisieren uns mit ihnen. Die Unzufriedenheit vieler Ecuadorianer mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik ihrer Regierung unter Präsident Moreno schwelt schon lange. Im Gegensatz zur fortschrittlichen Vorgängerregierung hat Moreno in vielen Bereichen einen politischen Rückschritt getätigt. Nebst einer rabiaten Kürzungs- und Privatisierungspolitik gehört dazu auch die Kündigung des politischen Asyls für Julian Assange in der ecuadorianischen Botschaft in London.

Das Fass zum Überlaufen brachte nun eine neu eingeläutete Runde in der Kürzungspolitik. Für einen Kredit des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 4,2 Milliarden US Dollar verpflichtete sich die Regierung im Rahmen eines sogenannten Strukturanpassungsprogramms nicht nur die Subventionen für Kraftstoff zu senken, was zu einer Preiserhöhung um 123 % geführt hat, sondern auch den Arbeitsmarkt zu deregulieren. Auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer steht im Raum.

Nicht nur in Ecuador entpuppen sich die Bedingungen des IWF für Kredite als ein Eingriff in die sozialen Rechte der Mehrheit der Menschen. Es geht letztlich darum auch gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung ein neoliberales Wirtschaftsmodell durchzusetzen. DIE LINKE Hessen lehnt diese Praxis rigoros ab. Wir stehen an der Seite der Menschen die ihre erkämpften sozialen Rechte mit friedlichen Mitteln verteidigen und halten die Bedingungen des IWF für eine unlautere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der betroffenen Länder.

- Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Ecuador einzusetzen
- Kritisieren wir die autoritäre Entwicklung in Ecuador und fordern freie und faire Wahlen
- Rufen wir die Regierung dazu auf, alle neoliberalen Reformen zurückzunehmen
- Fordern wir die Regierung Ecuadors auf, die Repression gegen Demonstranten einzustellen
- Stehen wir an der Seite der Gewerkschaften, der sozialen Bewegungen und der linken Opposition für einen sozialen Wandel und einer souveränen Außenpolitik in diesem Land

(Beschluss des 12. Landesparteitages am 19. Oktober 2019)